



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Menenius: Frankreichs deutsche Politik

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Frankreichs deutsche Politik



eder läßt sich nicht über Deutschlands französische Politik schreiben. Es ist zwar möglich und wir wollen hoffen, daß die Regierung eine hat, aber erkennbar ist sie nicht. Mag sein, daß das Absicht ist, mag sein, daß es unvorteilhaft wäre, über die Ziele und Zwecke dieser Politik offen zu sprechen. Aber dann bleibt doch immer noch die Frage offen, ob gerade diese, von vornherein mit dem schwersten Mißtrauen in ihre Fähigkeiten belastete Regierung es wagen durfte, eine Politik einzuschlagen, über die sie nicht offen mit dem Volk sprechen kann, und ob sie sich damit nicht in die Gefahr begibt, daß Unwille oder Mißtrauen ihr eines Tages vorzeitig das Ruder aus der Hand schlagen, ob nicht der deutsche Michel, endlich aus seiner Mischelei erwachend, Untersuchungs- und Kriegsentscheidungsakten dahin wirft wohin sie gehören: in den Winkel akademischer Spielereien, und statt dessen Vorlage der Akten über die aktuelle Politik seit Waffenstillstand und Friedensschluß fordert, denen ein weit wesentlicheres Interesse zukommt. Kennt er doch nicht einmal den Text wichtiger deutscher Noten, zum Beispiel der vom 22. September über die Antriebe in den Rheinlanden und es hat, allgemein gesprochen, wenig politisch bewegte Zeiten gegeben, in denen Volk und Parlament so unzulänglich auf dem Laufenden gehalten wurden. Schon rein technisch ist die Arbeit des Wolff-Bureaus eine Puscherei. Aber auch abgesehen von der Politik der Regierung, läßt sich kaum über deutsche Frankreich-Politik sprechen, da auch das deutsche Volk keine hat. Wenigstens ergeben sich aus dem Vergleich der Forderungen idealistischer Nationalisten, praktischer Kaufleute und pazifistischer Arbeiter (um nur ganz roh drei Richtungen zu umreißen) so starke und unter sich unvereinbare Verschiedenheiten, daß man auch vom Volk nicht behaupten kann, es habe eine französische Politik. Es ist aber klar, daß wir aus diesem Chaos einander widerstrebender Meinungen herauskommen müssen, denn jede Politik ist besser als gar keine oder eine in sich widerspruchsvolle. Ebenso klar aber ist, daß man sich für eine solche bestimmte Politik nicht auf gut Glück oder aus der Tiefe eines sei es nationalistisch, sei es pazifistisch erregten Gemüts heraus entscheiden darf, sondern nur nach genauer Überlegung dessen, was man will und dessen, was man kann. Dazu aber ist, da wir unstreitig in der politischen Defensive stehen, nötig, daß wir zunächst das Spiel des Gegners betrachten. Was will der Gegner, wie spielt er und welche Kraft steht hinter ihm?

Zunächst eine Vorfrage: gibt es überhaupt noch eine vollständige französische Politik? Kann Frankreich noch wie es will? Seine Finanzen sind mehr als erschöpft, ein großer Teil seines Gebietes verwüstet, seine Volkskraft ist geschwächt und zu einem neuen Kriege vorderhand nicht fähig, seine Flotte ist England gegenüber ohnmächtig. Aber das hindert nicht, daß es Deutschland gegenüber ein starker Gegner bleibt. Es kann keine gegen England direkt gerichtete Politik durchsetzen, im Orient wie in Ungarn ist es in die Defensive gedrängt, aber Deutschland gegenüber hat es noch immer freie Wahl. Es ist durchaus noch nicht gezwungen, für England gegen Deutschland Bütteldienste zu leisten; da England ihm seiner eigenen Schwierigkeiten wegen nicht helfen kann, ist es auch nicht abhängig von ihm, eine deutschfreundliche sowohl wie deutschfeindliche Politik liegen für es durchaus im Bereich der Möglichkeiten.

Bis jetzt ist diese Politik, offiziell wenigstens, deutschfeindlich gewesen. Es ist möglich, daß es in französischen Regierungskreisen Persönlichkeiten gibt, die für eine Verständigung mit Deutschland zu haben wären, möglich auch, daß Kaufleute drüben einzusehen beginnen, daß der Krieg einmal ein Ende haben muß, und daß man von einem bankerotten Schuldner dadurch keinen Gewinn zieht, daß man ihn auch noch totschlägt oder mindestens ins Gefängnis wirft, aber die offizielle Politik, und an diese allein dürfen wir uns halten, wollen wir

nicht ins Reich rosigter Phantasien entgleiten, ist ausgesprochen deutschfeindlich. Sie begnügt sich nicht damit gesiegt zu haben, sie setzt den Krieg fort. Oder will man die rheinischen Loslösungsbestrebungen anders nennen? Man nennt das in Frankreich zwar, den Sieg sichern. Aber ein Sieg, der fortwährend gesichert werden muß, ist kein Sieg. Den Sieg sichern, heißt hier eine gute Konjunktur weiter ausnutzen, und wo dies auf Kosten des Gegners geschieht, kommt das ganz ohne Frage eben auf Fortsetzung des Krieges und deutschfeindliche Politik hinaus.

Versuchen wir, um ganz klar zu sehen, eine Betrachtung der französischen Politik sine ira et studio. Welches waren die Kriegsziele Frankreichs? Die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen, die Rheingrenze und die dauernde Schwächung des Gegners. Diese Ziele stehen nicht gleichwertig nebeneinander. Die ersten beiden sind alte Ideale, der Geographie, dem inneren Charakter des französischen Staates natürlich. Es liegt im Wesen jedes aufstrebenden Staates, daß er seine Mitbewerber überflügeln und wenn nötig mattsetzen will, eine Wahrheit, die zwar die Pazifisten nicht anerkennen wollen, die aber in der Natur der Dinge liegt und sich so wenig aus der Welt schaffen läßt, wie die, daß der Tiger als fleischfressender Organismus andere Tiere töten, ja selbst das sanfte Lamm, wenn es sich erhalten will, andere Organismen zerstören muß. Eine Machtfstellung Frankreichs ist nicht möglich ohne Elsaß-Lothringen, es ist aber schön, wenn auch noch die Rheingrenze dazu kommt. Die Elsaß-Lothringenfrage, die sich rein völkisch anscheinend nicht lösen läßt und die wenigstens für Frankreich alles andere ist als ein Irredentaproblem, ist demnach eine Frage der politischen Macht. Wer die Macht hat, wird Elsaß-Lothringen haben. 1871 wurde die Machtfrage gegen Frankreich entschieden und Deutschland nahm das Elsaß zurück. Es ist nun der geschichtliche und politische Fehler Frankreichs, diesen reinen Machtcharakter des Elsaßbesitzes verkannt zu haben und seinen Besitz zu erstreben, trotzdem die natürlichen Machtverhältnisse dagegen sprechen. Das Bündnis mit Rußland, von dem niemand vernünftigerweise behaupten kann, daß es für Frankreich ein Defensivbündnis war, das vielmehr unbestreitbar mit der Hoffnung auf Wiedergewinnung des Elsaß geschlossen wurde, bedeutete nichts weniger als das Eingeständnis, daß man allein zu schwach war, es zurückzugewinnen, daß man sich aber nicht dabei bescheiden wollte, sondern gesonnen war, gegen die Natur der Dinge anzugehen. Damit war aber zugleich die Tatsache gegeben, daß man im Falle eines Sieges von dem Bundesgenossen abhängig blieb. Es konnte gelingen, daß man mit Hilfe des Sieges die französisch-deutschen Machtverhältnisse umkehrte und sich des Elsaß glücklich bemächtigte, sowie aber der Bundesgenosse seine eigenen Wege ging und etwa nach dem Siege durch Einhaltung einer nur deutschfreundlichen oder auch nur neutralen Politik Deutschland entlastete, mußte der Kampf um die Macht aufs neue beginnen. Die Unumstößlichkeit dieser Grundtatsache zeigte sich bei Friedensschluß in voller Klarheit. Nicht aus eigener Kraft war Frankreich Sieger geworden, sondern nur mit Hilfe der Bundesgenossen. Sowie sich diese zurückzogen, mußte die perverse Unnatürlichkeit, daß Frankreich, das durch den Sieg obendrein bedrohlich entkräftete, und nicht Deutschland, das zwar auch durch den Krieg gelitten, aber von Haus aus, und dadurch, daß es den Krieg vom eigenen Gebiet hatte fernhalten können, über ganz andere und raschere Gefundungsmöglichkeiten verfügte, der Besitzer des Elsaß war, augenfällig werden. Frankreich mußte und fühlte, daß dieser Besitz, daß der Sieg nur von Dauer sein konnte, wenn er militärisch gesichert war und auch dann nur, wenn der Gegner dauernd im Zustand der Schwäche blieb. Darum verlangte man die Rheingrenze, Entschädigung, die man höher bemas, als der Gegner sie ohne Ruin leisten konnte und Entwaffnung des Gegners. Da man, gleichviel aus welchen Gründen, die Rheingrenze nicht bekam, suchte man wenigstens die Bundesgenossen auch weiterhin auf eine deutschfeindliche Politik festzulegen, und schloß, bis der Völkerbund zustandekäme, an den man, wie immer deutlicher wird, mit Recht nicht glauben wollte, das Bündnis mit England und Amerika, um wenigstens

auf diese Weise die den Besitz des Elsaß allein auf die Dauer verbürgende Macht zu behalten. Da es sich nun aber zeigt, daß dieses Bündnis auf höchst unsicheren Füßen steht, denn wenn Amerika sich zurückzieht, ist auch England berechtigt zurückzutreten, und ein Bündnis mit Italien, Spanien und Polen wegen Marokko, wegen der Sozialistenopposition gegen den Vertrag von Versailles und infolge Polens militärischer Ohnmacht wenig zu versprechen scheint, versucht man wenigstens, solange es noch Zeit ist, den Gegner zu schwächen, wo es irgend geht. Jetzt eben sucht man sich einen Vorwand zu verschaffen, bei der nächsten Gelegenheit, die bei der Unmöglichkeit, die Friedensbedingungen restlos zu erfüllen, nicht auf sich warten lassen wird, das Rheinland dauernd besetzt zu halten und sich, wenn möglich, das Ruhrgebiet zu sichern. Damit wäre wenigstens die Rheingrenze gewonnen, und für die weitere Grundbedingung des dauernden Elsaßbesitzes wird man dann schon zu sorgen wissen. Versagen die Bundesgenossen, muß man sich eben aus eigener Kraft schützen.

Bis dahin wäre die französische Politik Deutschland gegenüber durchaus klar und zielbewußt. Leider (von Frankreich aus gesprochen) entsprechen aber diese Ziele in keiner Weise den tatsächlichen Machtverhältnissen. Nicht als ob sie sich nicht, rein militärisch genommen, durchführen ließen, — es gibt heute Deutschland gegenüber kein Kriegsziel, das militärisch un- oder auch nur schwer durchführbar wäre, — die Vorgänge im Saargebiet und in Lothringen zeigen, daß man nicht gesonnen ist, sich selbst von Streits imponieren zu lassen. Aber es kann doch nicht bestritten werden, daß sich Frankreich, selbst unter tatkräftigstem Beistand seiner Bundesgenossen, bei seinem Siege weit über seine Kräfte hinaus übernommen hat. Es ist durch den Krieg unfähig geworden, aus eigener Kraft wieder zu gesunden. Es braucht nicht nur die Kriegsenttäuschungen, um dadurch den Gegner im Zustand der Schwäche zu erhalten, sie sind ihm sogar unentbehrlich, weil es sonst selbst an seinen Wunden zugrunde geht. Gern würde es sich dieser letzteren Tatsache verschließen, und bei den Bundesgenossen Hilfe suchen, aber die einen, England und Italien, haben selbst zu schwer gelitten, um helfen zu können, und der einzige, der es vermöchte, Amerika, will es nicht, weil er größere Pläne hat und seine finanziellen Kräfte nicht in dem kleinen Frankreich binden will. Die von Deutschland einzuziehenden Entschädigungen sind demnach nicht nur ein Kriegsziel, sondern eine unvermeidliche Lebensnotwendigkeit. Die Erlangung dieser Notwendigkeit aber hängt nicht von militärischen Machtmitteln ab, sondern von der Arbeitskraft und dem Arbeitswillen des deutschen Volkes selbst. Und damit ist Frankreich von dieser Arbeitskraft und diesem Arbeitswillen abhängig. Damit aber treten wir auch in ein höheres Gebiet ein, als das der militärischen Machtfragen, nämlich in das der wirtschaftlichen Notlage, die durch keinen militärischen Befehl aus der Welt geschafft werden kann. Frankreich kann ganz Deutschland militärisch besetzen, die Hungergeißel schwingen, streikende Arbeiter zu Tausenden erschießen, der wirtschaftlichen Notlage entrinnt es nicht. Es kann seinen Schuldner einsperren, foltern, totschlagen, seine Schuld bekommt es dadurch nicht herein. Daraus erhellt, daß der Weg mit Gewalt nicht der richtige sein kann. Ob man Franzose, Deutscher oder Hurone ist, diese Tatsache kann nicht so oder so aufgefaßt werden, sie steht unumstößlich fest.

Prüfen wir nun, wie weit die französische Politik dieser Tatsache Rechnung trägt. Verfuhr sie richtig, so tat sie alles, um den allbekanntesten Arbeitswillen und die Arbeitskraft des deutschen Volkes anzufeuern, wobei sie es sorglich so einzurichten suchte, sich die Ergebnisse dieser Arbeit in möglichst hohem Maße zu sichern. Tat sie das nicht, so verfuhr sie falsch, nicht aus irgendwelchen ethischen oder national bedingten Gründen, sondern weil sie gegen ihr eigenes Interesse handelte.

Zunächst beging sie, ob mit oder ohne Hilfe der Bundesgenossen ist sachlich ganz gleichgültig, den Fehler, uns den Friedensvertrag gegen unsere Überzeugung mit Gewalt aufzuzwingen. Gewiß, jeder Friedensvertrag ist für den Besiegten hart, noch nie hat ein Besiegter ihn gern unterschrieben. Aber es gibt doch immer

Augenblicke, in denen er sich darüber klar ist, daß jeder weitere Widerstand unnütz und unmöglich ist und daß er eben die Folgen seiner Niederlage auf sich zu nehmen hat. Daß wir Einbußen an Territorien erleiden würden, war nach allem, was vorhergegangen, nicht anders zu erwarten. Der Fehler war der, daß man sich nicht darauf beschränkte, die Konsequenzen der am Ende des Krieges bestehenden Machtverhältnisse zu ziehen, sondern daß man darauf ausging, die augenblickliche Machtlage ins Unabsehbare zu verewigen, wider alle Natur politischer Unmöglichkeiten. Man forderte nicht nur Anerkennung der gegenwärtigen Machtverhältnisse, sondern Anerkennung dauernder Beisflavung. Man scherte sich den Teufel darum, ob Deutschland willig war, das Verlangte zu leisten, oder überzeugt war, es leisten zu können, man verlangte blinde Unterwerfung, man ließ es auf einen Regierungswechsel ankommen, nur um die Unterschrift zu erzwingen. Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß die beiden deutschen Minister den Vertrag mit einer reservatio mentalis unterschrieben haben, aber die Vorgänge zeigen doch vor allem deutlich, daß man auf die innere Überzeugung Deutschlands bei der Unterschrift gar keinen Wert legte. Die beiden Minister mußten ihr Land ja auch nicht nur auf die Anerkennung unmöglicher wirtschaftlicher Forderungen festlegen, sondern auch auf das Eingeständnis, daß Deutschland allein Schuld am Kriege trage, ein Eingeständnis, das um so wertloser war, als die „alliierten und assoziierten Regierungen“ von sich aus nicht das leiseste dazu getan hatten, durch Öffnung ihrer Archive zur einwandfreien Lösung dieser heiß umstrittenen Frage beizutragen.

Der zweite Fehler war der, daß man diese neugebildete deutsche Regierung, die sich aus Überzeugung zur Unterschrift herbeigelassen hatte, nicht möglichst stützte, sondern sofort durch Bestehen auf der Auslieferung im eigenen Lande diskreditierte. Die Auslieferung ist keine Frage der Ethik und der Weltgerechtigkeit. Ginge es der Entente darum, so müßte, auch über Taten ihrer eigenen Angehörigen, ein Gericht von Neutralen entscheiden. Aber so einseitig gestellt und nicht nur auf die paar wirklichen Diebe, Erpresser oder von Tropenfoller Besessenen beschränkt, sondern auf die unter dem Zwang der Kriegsnotwendigkeit arbeitenden Führer eines ganzen Volkes ausgedehnt, ist die Auslieferung ein politisches Attentat auf die elementarsten Ehrbegriffe eines Volkes, die nur völlige Lumpenhaftigkeit verkennen oder leicht nehmen darf. Es geht nicht darum, ob die Anwendung, sagen wir, von Giftgasen berechtigt war oder nicht, sondern ob ein Volk, was es vier Jahre lang verehrte, plötzlich auf fremden Befehl anspeien soll. Natürlich wird die Entente ja auch die Macht haben, einer Regierung in Deutschland zur Herrschaft zu verhelfen, die sich dazu herbeiläßt, — die Unabhängigen scheinen ja alle Lust dazu zu haben. Aber wie es um die Autorität einer solchen Regierung bestellt sein wird, mag sich die Entente selber sagen.

Der dritte Fehler — ich rede hier nicht vom deutschen, sondern nur von einem objektiven politischen Nützlichkeitsstandpunkt — ist der, daß die Entente Wien macht, der bestehenden Regierung jede Möglichkeit, die geforderten Entschädigungen aufzutreiben, zu nehmen. Keine etwa auf Grund des Notopfers gewonnene Abschlagzahlung wird hinreichen, die finanziellen Bedürfnisse Frankreichs auch nur für kurze Zeit zu befriedigen, eine wirkliche Entschädigung ist nur möglich, wenn Deutschland auf Jahrzehnte hinaus arbeiten kann. Dazu gehört Vertrauen in die Zukunft. Die Entente hat bis jetzt nicht das geringste dazu getan, ein solches Vertrauen aufkommen zu lassen, wohl aber alles, den noch bestehenden Rest zu erschüttern. Ihre Politik entbehrt hier jeder Großzügigkeit. Wer im Anstand auf Hochwild nach Fasanen schießt, wird keinen Firsch heimbringen.

Der vierte Fehler ist der, daß Frankreich die Regierung ihrer letzten Machtmittel berauben will. Eine Regierung ohne Machtmittel bedeutet im demoralisierten Deutschland Unordnung, Umsturz, Raub, Plünderung, Mord, bestenfalls einen russischen Bolschewismus, nur keinen irgendwie verwertbaren Arbeitsertrag. Das kann nur ein Blinder verkennen.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, zu untersuchen, inwieweit für die französische Regierung innerpolitische Gründe vorlagen, diese Fehler zu begehen. Fehler bleiben es auf jeden Fall. Allerdings ob innerpolitisch notwendig oder nicht, letzten Endes resultieren sie doch aus der — es gibt keinen andern Ausdruck: perverten Anfangseinstellung, das verewigen zu wollen, was ein Vorübergehendes, Augenblickliches ist, und keinen natürlichen Gegebenheiten entspricht. Sechzig Millionen gegen vierzig ist eine Tatsache, gegen die keine Politik ankann, sondern die sie nutzen muß, wenn sie erfolgreich sein will. Aber das Widerstreben der französischen Politik, diese Tatsache anzuerkennen und die nicht anders als hysterisch zu nennende Angst vor einer mit physikalischer Notwendigkeit wieder einlegenden Umordnung der natürlichen Gewichtsverhältnisse veranlassen sie dazu, lieber das eigene Leben zu riskieren, als diese natürlichen Tatsachen anzuerkennen. Es ist nicht unsere Sache, die Franzosen zu belehren oder zu beraten. Wen Gott verderben will, den schlägt er mit Blindheit. Wir haben keinen Anlaß, uns dessen zu freuen, der Krieg ist noch, nicht zu Ende. Selbst Frankreichs Einsicht bedeutet für uns eine lange Zeit des Elends und der Unfreiheit, Frankreichs Wahnsinn aber zieht freilich den Tod des Gegners aber auch den unsern nach sich.

Meneius



## Neue erzählende Literatur

Von Dr. R. Schacht



Neue erzählende Literatur in Kürze zu berichten ist schwer und — undankbarer als gemeinhin angenommen wird. Nicht alles was dem Kritiker gefällt, liest der Leser mit Nutzen oder Freude, es kommt darauf an, ob das aufnehmende Organ in beiden Fällen gleichgeartet ist. Man kann Goethes „Natürliche Tochter“ noch so hoch stellen und immer wieder preisen, sie wird nie populär werden. Andererseits gibt es Bücher, die vor den Augen der Kritik wenig Gnade und doch im Publikum größte Verbreitung gefunden haben. Diese Unterschiede rühren viel weniger von dem vielberufenen „verschiedenen Geschmack“ her, sondern sind in der verschiedenen Organisierung der Leser begründet. Der eine sucht nur Unterhaltung und kümmert sich wenig darum, ob die spannend und sinnreich durchgeführte Handlung möglich ist oder nicht, ja es erscheint ihm vielleicht gerade schön, daß er, dem Romanhaften zuliebe, der Wirklichkeit ein paar Stunden entrinnen kann. Ein anderer möchte gern gerührt und erschüttert werden, wieder ein anderer von Herzen lachen. Ein vierter möchte „Einblicke“, der Bürger ins Volk, die Mähterin in die „Aristokratie“ gewinnen, ein fünfter erstrebt Menschenkenntnis, ein sechster sucht Bilder fremder Kulturkreise, ein siebenter Weltanschauung und wieder ein anderer nichts als ästhetischen Genuß. Bei so verschieden gearteten Bedürfnissen ist wenig damit getan, ein Buch mit einem Schlecht! in die Ecke zu feuern oder mit einem Gut! dem Leser auf den Tisch zu legen; fruchtbarer scheint es zu sein, in Kürze anzudeuten, was dies oder jenes Buch, auch wenn es die Ansprüche des Kritikers etwa nicht voll befriedigt, dem oder jenem Leser zu bieten vermag.

Auch hier gibt es freilich Grenzen. Es ist zum Beispiel sicher, daß Josef Pontens Novellen beträchtliche Verbreitung finden, mithin manchem Genuß bereiten werden, aber man kann nicht behaupten, daß diese Wirkung erfreulich wäre. Ohne geradezu unsittlich zu sein, gehen sie von einer oberflächlich-titschigen, faloppen und moralisch laxen Einstellung zum Leben aus, die vielleicht gar nicht